

Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes Spadow gibt sich alle Mühe, für seine Finanzpläne die öffentliche Meinung zu gewinnen. Sein Verfahren ist etwas eigentümlich; er hat zwar, wie bekannt geworden ist, mit verschiedenen Vertretern der parlamentarischen Parteien, mit Ausnahmepersonen der Sozialdemokraten, Besprechungen gehabt, aber er hat ihnen Vertraulichkeit auferlegt, und über die Einzelheiten seiner Pläne ist deshalb Zuverlässiges bisher in weiteren Kreisen nicht bekannt geworden. Jedoch benutzte der Staatssekretär selbst die Zwischenzeit, um für seine Reformvorlage Stimmung zu machen. Der demnächst erscheinende Artikel des Staatssekretärs in der „Deutschen Rundschau“, aus dem die offizielle Presse schon jetzt Auszüge veröffentlicht hat, behandelt ziemlich eingehend den ganzen Finanzreformplan und gibt auch eine Reihe von Einzelheiten bekannt, über die bisher Stillhschweigen beobachtet worden ist. Das Verfahren des Staatssekretärs erscheint uns nicht einwandfrei; er lädt die öffentliche Meinung für seine Pläne zu beeinflussen, indem er bekannt gibt, was ihm für diesen Zweck geeignet erscheint, während er mit der Veröffentlichung alles für die kritische Beurteilung des Wertes erforderlichen Unterlagen zurückhält. Der Staatssekretär erklärt, daß eine halbe Milliarde jährlich Mehreinnahmen für das Reich erforderlich sei, wenn der Finanznot wirksam gesteuert werden soll. Diese Rechnung bedarf einer genauen Nachprüfung, und das wird die erste Aufgabe des Reichstages sein, wenn er an die Beratung der Vorlage herantritt. In dem Artikel der „Deutschen Rundschau“ stellt der Staatssekretär die Mehreinnahmen der nächsten Jahre zusammen und berechnet sie auf durchschnittlich 200 Millionen Mark für die nächste Zeit. Danach stellt sich die Rechnung wie folgt:

„Zunächst sollen die Beamtengehälter erhöht, die Wohnungsgeldzulasse neu und ebenfalls höher festgesetzt werden. Sodann verlangt der Reichstag eine Seelbegrabenaufseher der Mannschaften bei Meer und Marine. Wird diesen Wünschen nachgegeben, so ergibt sich bereits im ersten Jahre eine Mehrausgabe von etwa 90 Millionen Mark, die von Jahr zu Jahr steigt und im Durchschnitt der nächsten fünf Jahre auf annähernd hundert Millionen Mark zu veranschlagen ist. Sodann ist gleichfalls eine Ermäßigung der Zuckersteuer von 14 auf 10 Mark festgelegt, die ebenfalls einen jährlichen Ausfall von rund 35 Millionen Mark bringt. Um die auf Zügung der Anleihen gerichteten Absichten zu verwirklichen, wird in den nächsten Jahren durchschnittlich eine Summe von 50 bis 60 Millionen Mark, also rund 30 Millionen Mark mehr als bisher, gebraucht. Dazu kommt, daß der Reichsinaltenbonds im Jahre 1911, spätestens im Jahre 1912 aufgebraucht sein wird und damit dem Reichschat 1912 25 bis 30 Mill. Mark jährlich zur Last fallen. Endlich ist noch mit der starken Bewegung zu rechnen, die auf Verringerung gemisser unpopulärer und wenig bewährter Abgaben (Sahrtarifen, Steuer ufm.) gerichtet ist. Alle diese Faktoren lassen bereits eine jährliche Verschlechterung der Bilanz um durchschnittlich 200 Millionen Mark für die nächste Zeit erwarten.“

Diese Aufstellung erinnert an die bekannte Reichsmäzenordnung, nur daß hier nicht zur erwarteten Einnahmen, sondern Ausgaben in Frage kommen. Es sind erhebliche Mehraufwendungen mit in Betracht gezogen, die noch gar nicht bemittelt sind, oder deren Höhe noch keineswegs festliegt. Die Bewohnungsaufhebung der Mannschaften der Heer und Marine ist vom Reichstag noch gar nicht beschlossen worden. Ob die Ermäßigung der Zuckerteuer eines jährlichen Ausfall von 35 Millionen Mark bringt, steht keineswegs fest; vielmehr ist mit Sicherheit anzunehmen, und auch von der Regierung zugegeben, daß nach einer kurzen Uebergangszeit der Ausfall an Steuer durch den verstärkten Verbrauch wettgemacht werden wird. Es kann sogar eine Vermehrung der Einnahmen statt der berechneten Verminderung herauskommen. Für die Tilgung der Anleihen sollen nach der Rechnung 30 Millionen Mark mehr als bisher verwendet werden. Es ist aber noch keineswegs beschlossen, mit welchem Prozentsatz die Tilgung erfolgen soll. Die von der Budgetkommission in Aussicht genommene Tilgungsquote ist reichlich hoch gegriffen. Es kommt vor allem darauf an, daß keine neuen Schulden gemacht werden.

Während der Staatsfreiheit die zu erwartenden Mehrausgaben des Reiches hoch einschätzt, urteilt er recht pessimistisch über die zu erwartenden Einnahmen des Reiches. Er berücksichtigt gar nicht oder zu wenig, daß die vor manchen Jahren beschlossenen neuen Steuern, namentlich die Erbschaftsteuer und die Biersteuer, noch nicht ihren vollen Ertrag liefern, was erst nach einer längeren Uebergangszeit der Fall sein wird. Eine genaue Nachprüfung der rochenrichtigen Unterlagen des Mehrbedarfes muß erfolgen, ehe der Reichstag zu den einzelnen Steuervorlagen Stellung nehmen kann.

Selbsts hat sich, wie die Bischofs-offizielle „Ekk. Reichsorg.-p.“ feststellt, nicht nur der kaiserliche Vertreter ausnehmend gewürdigt, sondern auch die Vertreter aller jüdischen Staaten haben den vorgeschlagenen Gesetzentwurf mit dem selbstverständlichen Vorbehalte der Prüfung im einzelnen ihre Zustimmung gegeben. „Diese grundsätzliche Stellung der jüdischen Regierungen ist von ihnen bereits bei den im Juni d. J. stattgefundenen gemeinsamen Beratungen eingenommen worden. Die jüdischen Regierungen in der Türkei, die außerdem als Ausschüsse des Bundesrats bezeugt feilschen, die Weigerung der Regierungen, die in diesen Angelegenheiten an der Beteiligung der Gelehrtenhilfe mitarbeiten, in deren Eingangsstellung herbeizuführen.“

Das konservativ-nationalliberale Wahlrechtskompromiß in Sachsen wird in einer Flugchrift des Liberalen Landesverbandes für das Königreich Sachsen ruhig, aber bestimmend und mit guten Gründen zurückgewiesen. „Dieses Kompromiß“, so heißt es in dem Flugblatte mit Recht, „ist dazu angetan, die Mehrheitsparteien auf das Schwerste und dauernd zu kompromittieren. Insbesondere die National-liberalen sollten sich das vor Augen halten. Seit den letzten

Reichstags- und Landtagswahlen haben die sächsischen Nationalliberalen an Sympathien gewonnen, dadurch, daß sie ihnen geflikt ist, einige tüchtige Vertreter in die Parlamente zu entsenden. Mit einem Schlage wird sich das ändern, wenn sie in ihrer bisherigen Haltung verharren und am Zustandekommen des Kommissionsentwurfes mitwirken.“

Das Pluralwahlrecht, das „für den oberflächlichen Beschauer etwas Verführendes haben mag“, wird dann wie folgt abgelehnt:

„In Wirklichkeit beschränkt ein Pluralismusrecht nicht nur die politischen Rechte einzelner, sondern ganzer Bevölkerungsstufen und macht damit das Emporkommen größerer politischer Parteien und Gefühlsentfaltungen im voraus unmöglich. Sollendes wenn die Zustimmungen in so maßloser Weise gehäuft werden, wie es bei dem neuen Wahlrechtskompromiß der Mehrheitsparteien der Fall ist, führt das Pluralismusrecht die Wirkung, den schon ohnedies durch Besitz und Bildung bevorzugten Ständen eine politische Monopolstellung einzuräumen.“

Die Alterszusah-Stimme ist nach dem Verfasser des Flugblattes „ein törichtes Beiwert“; die Bevorzugung der Wohlhabenden aber wird von ihm zutreffend eine „soziale Sünde“ genannt:

„Diese Bestimmung hat eine klassenkampferische Tendenz. Sie ist gegen eine Bestimmung des Volksschicks gerichtet und trifft nur die Arbeiterklasse. Sie ist gemacht, um den Arbeitern das Wahlrecht zu nehmen und ihnen das Schicksal anzuweisen. Den Arbeitern eine Stimme gegen, allen übrigen Menschen aber zwei, das kommt doch dem ganz gleich; dem Arbeiter überhaupt kein Stimmrecht geben. Wenn man der Meinung ist, daß die schäbste Arbeitererschaft aus Mangel an Bildung, oder weil sie zu sehr der Sozialdemokratie zuzukläpfen zur Zeit noch nicht fähig ist, sich aktiv an der Gesetzgebung zu beteiligen, wenn man meint, sie soll noch Objekt der Gesetzgebung bleiben, warum spricht man das nicht deutlich aus? Warum eine Schicksalsbestimmung konstruieren, welches die Regierenden über die Stimmung im Lande täuscht? Verschleierung betreiben der Wirklichkeit ist das allergeringste! Wenn man dem Proletariat kein wirksames Wahlrecht geben will, soll man ihm gar keines geben und sich damit offen als reaktionär fundieren. Wenn man der Regierung kein durch Volksmassen gewähltes Parlament zur Verfügung stellen will, soll man dem Landesparlament nicht ein volkstreuendes Mäntelchen umzubringen versuchen.“

Die Beschränkung der politischen Rechte der Wähler mit einem Einkommen unter 2200 Mark wirkt deshalb doppelt unheimlich pathisch, weil sie die innersten Beweggründe der Kompromissparteien verbüllt. Was tatsächlich der Furdz vor der Sozialdemokratie entspringen ist, wird zum Schein als der Niederschlag einer höheren politischen Gerechtigkeit hingestellt."

Die weiteren Zusätzlichen für die höhere Bildung für die unteren Beamten, für die selbständigen Gewerbetreibenden und die Grundbesitzer werden kurz beipröft und dann heißt es: „Es gibt einfache, doppelte bis vierfache Wähler, Menschen 1., 2., 3. und 4. Klasse. Der Sandarbeiter ist der Typus des einfachen Mannes, der letzte Greis hat ihm gegenüber einen vierfachen Wert. — Noch ein paar harmlos scheinende Bemerkungen, die besagen, daß man 30 Mark Steuern zahlen muß, um wählbar zu sein, daß man auch Sätze im Nachtrahen wählen muß, daß man die Wahl nicht als Staatsangehöriger lein muß, um wählbar zu sein, vollenden den völsseindlichen Charakter des ganzen Gesetzentwurfs.“

(Von unserem Berichterstatter.)

(Nachdr. verb.) S. u. H. Köln, 23. Sept.

Auch am heutigen dritten Tage der deutschen Naturforscher und Ärzteversammlung wurden die Abteilungsarbeiten fortgesetzt und verschiedene sehr interessante Vorträge entgegengenommen. Mit regem Interesse beteiligten sich auch ca. 80 japanische Gelehrte, die zu diesem Zwecke die weite Reise nach Köln nicht scheuten haben, an den Verhandlungen. Man sieht sie besonders in den Abteilungen für Kinderheilkunde, Militärsanitätswesen und Chirurgie.

## Gegen den Alkohol in der Medizin

wendete sich in der Abteilung für Neurologie und Psychiatrie Dr. Roeder-Eiberfeld unter Vorlegung folgenden Verlaufs: 1. Der ärztlichen Anwendung des Alkohols sieht kein allgemeiner Gebrauch als Genußmittel entgegen. Die tatsächlichen Indikationen zur Anwendung des Alkohols kommen nur in besonderen Fällen vor. 2. Absolute Indikationen nimmt nur zeitlich begrenzt vor. 3. Relative Indikationen sind weit seltener, als sie den tatsächlich getroffenen Verordnungen entsprechen. 4. Die häufigste aller Verordnungen betraffend nicht a) die Summe der neueren Alkoholforschungen, die zwar noch nicht völlig übereinstimmend die Ergebnisse ergibt hat, im ganzen aber das früher festgestellte große Maß an Schädlichkeit bestätigt. 5. Die häufigste der Umstände, durch die Verbreitung des Alkohols als Genußmittel das Transferrmaterial durch Gewöhnungs- und Vererbungsstörungen hat derartig ungleich werden lassen, daß im Einzelfalle niemals die körperliche und geistige Wirkung einer bestimmten Gabe vorausgesehen werden kann, ganz abgesehen von den Alters- und Geschlechtsunterschieden bei Kranken. 6. Die Gefahr der Abhängigkeit, die durch den fortwährenden Gebrauch durch die Herste nicht genügend bekämpften Falschmeinungen, gegen die anaplastischen der einzelnen Arzt namentlich im Beginn ihrer Praxis wirtschaftlich

zu schwach ist. 6. Die Alkoholisten, in denen die Quelle der Alkoholischen zu suchen ist, können bei aller Anerkennung der Einzelarbeit nur durch die ärztlichen Verbände, die Kassen und Anstalten wirksam beklämpft werden. 7. Bisher hat im Allgemeinen nur ein Teil der physikalisch-neurologischen und psychischen Interessen der Krankheits- und Heilungsfolgerungen aus dem Tarnstoffmaterial gezogen. 8. Die Annahme, man müsse durch Verabreichung kleiner Gaben von Bier oder Wein zur Kranfheit der Volksmeinung entgegenkommen, um heimlichem Mißbrauch zu begegnen, erweist sich durch die Praxis als irrtümlich. Es dient nur dazu, dem einzelnen Kranken die Tatsache nicht in das Bewußtsein dringen zu lassen, daß der Alkoholot schaffte die besseren Gesundheits- und Lebensverhältnisse hat. Jede Belehrung ist schwächer wie derartige Einrichtungen. 9. Die zunehmende Benützung der Krankenhäuser und Fürsorgeeinrichtungen, eine Folge der Großstadtbildung und der sozialen wie bürgerlichen Gehebelung, erfordert dringend, daß Alkoholotunterricht und Erziehungsmann, namentlich für die Mediziner, dann aber auch für Verwaltungsbearbeiter und Erzieher allgemein eingeführt werde. 10. Es ist den heute bestehenden Tatsachen gegenüber der medizinischen Praxis unzureichend, daß beim Alkohol immer noch Begriffe wie Stärkung, Ernährung, natürliches Bedürfnis usw. eine Rolle spielen. 11. Die bisherige Verdrängung des Alkoholismus durch die soziale Medizin ist unzulänglich. 12. Die Verbreitung konstitutioneller sowie degenerativer Krankheitszustände und der Geschlechtskrankheiten erfordert zugleich Verringerung der Volksauffassungen damit diese gelassen, die mehr oder weniger strenge Enthaltung vom Alkohol als Genusmittel ohne den jetzt noch erforderlichen Aufwand von Energie durchzuführen. — In der Abheilung für innere Medizin gab der Wiener Dozent Dr. A. Riessold

## neuere Erfolge der Therapie

bekannt. Der Vortragende schildert zunächst die zerstörende Wirkung der Röntgenstrahlen auf die Zellen der Gewebe, der besonders die pathologischen Zellen und das in reger Wucherung befindliche Gewebe ausgefakt sind, so besonders bei den bösartigen Geschwulsten.

Das Ziel, das erstrebt werden muß, ist für den liberalen Bundesverband das Reichstagswahlrecht auch für Sachjen. Sollten aber die widerstrebenden Elemente noch zu mächtig sein, um das erstrebte Ziel im ersten Ansturm zu erreichen, so empfiehlt es sich, eine Zwischenstation zu machen, als Etappe auf dem Wege zum allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht. Die Zwischenstation kann sich nach der Aufstellung des Bundesverbandes, aufbauen auf der Plattform, die der Entwurf des Grafen Hohenhausen errichtet, wenn es gelingt, einzelne Schwächen dieses Entwurfs zu beseitigen. Niemand kann das Kompromiß der Parteien die erste Etappe bieten."

## Deutsches Reich.

### Die Haftbefreiung des Fürsten Eulenburg

Wie in der „Nationalist. Korr.“ wie folgt beurteilt:  
Diejenigen haben erhöhte Aussicht, recht zu behalten, die da meinen, daß es niemals zu einer rechtskräftigen Beurteilung und zu einem Straftritt des Fürsten Eulenburg kommen werde. Die Aufhebung der Unterdrückung ist aus, wie es scheint, triftigen Gründen, die im deutschen Strafprozeß beruhen, verurteilt worden. Der Staat schreibt sich zwar das Recht zu, das Leben eines Bürgers zu verurteilen, wenn eine rechtskräftige Beurteilung zum Tode erfolgt ist, aber will es nicht verantworten, daß die Unterdrückungshaft für eine noch nicht verurteilte Person gesundheits- und lebensgefährdend wird. Diese nach ähnlichen humanen Anschauungen, von denen unter Straftäterbefreiung erfüllt ist, sind dem gefangenen Mann in dem Berliner Krankenhaus jugend gekommen. Daß hier der Weg gezeigt ist, wie unter Umständen jede Straftat der regelrechten Entscheidung entzogen werden kann, ist zweifellos, das war aber wohl den Juristen schon bisher nicht fremd. Da man diese humanen Bestimmungen nicht abschaffen will, bleibt wohl nur der Wunsch übrig, daß ihre Vollziehung jedem, der in gleicher Lage ist, guttun werden möge. Damit wird diese Sache einstweilen abgeschlossen sein. Eine besondere Nachsicht gegen den nach unbedeutenden strafbaren Taten fassenden und den von seiner Seite der Verurteilung Mann wird kaum von vielen verlangt. Man muß sich auch erinnern, daß — was schon fast vergessen zu sein scheint — auch bei dem einen Prozesse gegen Harden der Gesundheitszustand des Angeklagten eine nicht geringe Rolle spielte, daß auch damals das Gerichtszimmer zu einem Krankenlager werden drohte, und daß ein Moment eintrat, wo, weil Harden nicht vor Gericht erschien, Erwägungen angestellt wurden, ob man in der Wohnung Harden oder ob man überhaupt noch weiter werden verhandeln können. Die körperliche Schwäche hat also auch bei dem Bismarck, den man als Gegenbeispiel Eulenburg angesehen gewohnt ist, eine große Rolle gespielt. Es geriet Herrn Harden nicht zur Liebe, daß er damals der Schwäche Herr geworden ist, freilich stand ja wohl auch für ihn viel weniger auf dem Spiel, als später für Eulenburg, dessen ganze Existenz in Frage gestellt war. Daß auch die Befreiung aus dem Gerichtszimmer für den Fürsten Eulenburg nicht den ersten Schritt zur Rückgewinnung der Ehre bedeutet, ist aber vor dem einnehmen, darf wohl als gesichert gelten.

Wir können den vorstehenden Ausführungen in jedem Sinne beipflichten!

### Aufhebung des Fürsten Eulenburg nach Liebenberg.

Wie die „Deutsche Journalist.“ erzählt, hat die Aufhebung des Haftbefehls auf den Fürsten Eulenburg eine so überraschende psychologische Wirkung ausgeübt, daß er schon heute von den Ärzten für transportfähig erklärt werden konnte. Infolgedessen hat heute mittig seine Verabreichung von der Charité nach dem Liebenberger Schloß stattgefunden. Der Transport erfolgte in einem Krankenautomobil, und zwar unter Leitung des Charitéarztes Dr. Ritter, der den Kranken in der letzten Woche behandelt hatte. Auf Wunsch des Fürsten, der seit Dienstag, an welchem Tage der Haftbefehl aufgehoben wurde, merkwürdig ausgelastet ist, trat am gestrigen Abend die Charité für einen Kranken zusammen, um über die Frage zu beraten, ob der Fürst für die Aufnahme in das Charité-Krankenhaus zu verlassen. Die Ärzte kamen zu dem Ergebnis, daß

Epilepsie und Lungentuberkulose dagegen sind die Resultate entmutigend.

In der Abteilung für Anatomie sprach Professor Dr. Riegl von Magendorf, Leipzig über

### Die Zentralorgane des menschlichen Sinnesgehirns.

Er betonte einleitend, daß die Experimente von Golz, die anatomische Erforschung des Gehirns und dessen Deutung durch Meynert, die Ergebnisse der Gehirnpathologie übereinstimmend auf das Großhirn als das Organ unseres Bewußtseins hinwies und lokalisierte die Forschungsergebnisse dieser beiden Gelehrten. Der Vortragende hat nun das Problem der Lokalisation des Sinnesgehirns mit Hilfe klinischer, pathologischer-anatomischer und histologischer Methoden wieder in Angriff genommen und ist zu folgenden Schlüssen gelangt: Das Sinnesgehirn ist in bestimmten Gebieten der Großhirnrinde gebunden. Jedem peripheren Sinnesorgan entspricht eine umschriebene Rindenzone. Die kleine periphere Sinnesfläche vermag einen Reiz durch differenzierte Eindrücke aufzunehmen, indem ein jeder ein anderes Verhältnis der gereizten Elemente zu einander aufweist. Sehr wahrscheinlich sind die Erregungsorgane in den corticalen Zentralorganen jedes Sinnes ganz analoge. Daher wird ein seiner Rindenbezirk eine unbegrenzte Zahl von Wahrnehmungen hervorbringen können. Das Zentralorgan ist aber von dem peripheren grundverschieden. Die Schöpfung von Vorstellungen ist das Werk der corticalen Zentralorgane. Die vielseitige Verbindung zwischen den Vorstellungsstellen, welche das menschliche Gehirn ermöglichen, läßt durch immer neue Gedankenkombinationen, durch das Aufsteigen von Ideen, der Kräfte der Außenwelt zu bemächtigen und diese für dienlich zu machen, stellen die ausgebreiteten Großhirnregionen her, welche als Zwischenstation und Bindeglieder zwischen die corticalen Vorstellungsstellen der Sinne gespannt sind. Jede Vorstellungsstelle, welche stets von einer besonderen Gehirnzelle geleitet wird, stellt mithin ein in sich geschlossenes Assoziationsorgan dar.

In der Abteilung für Anthropologie hielt Professor Dr. Klatzsch (Breslau) einen Vortrag über das Thema:

Die geistliche Wirkung des Gerichtsbeschlusses so groß gewesen ist, daß eine Befreiung im körperlichen Befinden des Fürsten neuerdings festgestellt werden konnte. Die Ärzte sprachen sich daher dahin aus, daß nun einer Ueberführung des Fürsten aus der Charité nach Liebenberg oder nach seiner Berliner Wohnung zum ärztlichen Standpunkt aus nicht mehr im Wege liege. Unmöglich hätte man daran gedacht, den Fürsten nach seinem Berliner Absteigequartier in der Kaiserin Augusta-Straße zu bringen. Späterhin entschied man sich jedoch für Liebenberg.

### Die Einberufung der Abgeordneten.

Die offizielle „Nordb. Allg. Ztg.“ teilt mit: Wie wir hören, hat sich der Reichstagspräsident auf Vorschlag des Präsidiums des Reichstags nach Vernehmen mit dem Bundesrat damit einverstanden erklärt, daß der Reichstag nach seiner Vertagung am 4. November wieder zusammentritt. Der preußische Landtag soll dem Vernehmen nach zum 20. Oktober berufen werden.

### Der Unterricht in der Geschichte und Heimatkunde.

Recht bemerkenswert sind die allgemeinen Anweisungen, die der Kultusminister Holle auf Grund der Ergebnisse der Revisionen in den Volksschulen und Seminarbildungsschulen über die künftige Gestaltung des Geschichtsunterrichts, sowie der Heimat- und Erdkunde erläßt hat. Es heißt darin: „Im Geschichtsunterrichte sind die Darstellungen aus der älteren und der mittelalterlichen deutschen Geschichte auf die wichtigsten Lebensbilder zu beschränken; die Zahl und Ausdehnung sind nach der Art der Schule zu bestimmen. Das Hauptgewicht fällt auf die neuere deutsche Geschichte, insbesondere auf die preussische Geschichte; dieser kann um so mehr Zeit zugewandt werden, je mehr bei der älteren und mittleren Geschichte eine Beschränkung eintritt. Von der Zeit des Großen Kurfürsten an ist der Stoff eingehender und in ununterbrochener Reihenfolge zu behandeln. Es ist aber nicht nur die äußere Machterweiterung des Staates zu schildern, sondern auch die innere Entwicklung des Landes und die für das Volk so wichtige geistigen Einrichtungen ausreichend zu berücksichtigen. Der Unterricht darf nicht bloß Tatsachen aufzählen, sondern muß durch lebendige und anschauliche Darstellung anregen und Interesse erwecken. Als Ziel ist festzuhalten, daß die Kinder mit höherem Kenntnis der wichtigsten aus der vaterländischen Geschichte die Schule verlassen; zu diesem Besahle ist sorgfältige Übung und Befähigung, sowie regelmäßige Wiederholung der Hauptdaten erforderlich.“

Letzteres ist auch von der Grundschule. Die Kinder müssen, wie mit der vaterländischen Geschichte, so auch hauptsächlich mit der vaterländischen Erdkunde in ausreichendem Maße vertraut gemacht werden. Entsprechend den Forderungen der Gegenwart dürfen auch Deutschlands Kolonien und Weltverkehr nicht unberücksichtigt bleiben.

Die Heimatkunde ist überall sorgfältig zu pflegen. Dies gilt nicht nur von erdlichen Unterrichts; auch die heimatischen Geschichten, heimatischen Sagen, Denkmäler, Bauten u. a. sind zu berücksichtigen. Die Kinder müssen ferner die in ihrer Heimat hauptsächlich vorkommenden Pflanzen, Tiere, Gesteine kennen lernen und zu dieser Kenntnis nach Möglichkeit auch im Freien, auf Spaziergängen und dergleichen geführt werden.“

### Der Internationale Pressetongress.

Das Komitee des Internationalen Pressetongresses hat beschlossen, daß in Zukunft nur alle zwei Jahre ein Kongress abgehalten werden soll. Für 1909 wurde London als Kongreßort an die Reihe gekommen; da aber der nächste Kongress nach zwei Jahren stattfinden sollte, 1910 stattfinden soll und Englands verschiedene Gründe politischer Natur (Wahlen u. dgl.) für 1910 nicht einladen kann, so hat Griechenland bei dem Kongresse den Antrag eingebracht, den nächsten Kongress im Jahre 1910 in Athen abzuhalten. Ueber diesen Antrag soll in der Sonnabend-Sitzung des Kongresses verhandelt werden.

### Der Fleischverbrauch im Deutschen Reich.

pro Kopf der Bevölkerung wird für die Zeit vom 1. Juli 1907 bis eben dahin 1908 im amtlichen „Reichsarbeitsblatt“ auf 51,17 Kilogramm berechnet gegen 48,34 Kilogramm im Jahre 1906/07. Doch muß bemerkt werden, daß der Konsum pro Kopf im Jahre 1904/05 bereits 50,12 Kilogramm betrug und dann infolge der Fleischsteuerung erheblich heruntergegangen ist. Die Zunahme beträgt also in 4 Jahren nicht mehr als 1,05 Kilogramm.

### Der primitive Mensch.

Der Vortragende entwarf einleitend eine kurze historische Uebersicht über die Entwicklung der Lehre von den fossilen Menschenaffen und beschränkt die Ergebnisse der Untersuchungen des Bundes von Menschenaffen aus der alten Disziplin, den Vorfahren der Menschen, die in Afrika in der Gegend von Kenia gemacht hat. Der typische Neandertaler charakter der betreffenden Fragmente wurde festgestellt. An der Spitze einer mit den Riesenformen der Eiszeitverwelt und wahrscheinlich schon vorher in Mitteleuropa vorkommenden primitiven Menschenaffen war daher nicht mehr zu zweifeln. In neuester Zeit hat der Redner ein neues Neandertalsteil ausgegraben, und zwar in Südafrika. Dort hat ein Schweizer Gelehrter Gaurer schon im April ein Menschenknochen ausgegraben. Aus hunderten von Bruchstücken wurde der Schädel so vollständig wiederhergestellt, wie dies noch keinem Neandertalsteil gelungen ist. Durch genaue Untersuchungen wurde festgestellt, daß der Schädel eines jugendlichen vermutlich männlichen Individuums war, welches in allen seinen Teilen ganz typisch die Kombination von Merkmalen zeigte, die als charakteristisch für den Neandertalstypus gelten. Nach der Ansicht Dr. Klatzsch vereinigt die fossile Rasse Zustände, welche heute bei voneinander sehr verschiedene Rassen vorkommen. In dem kurzen gedruckten Band der Extremitätenknochen liegt ein Anhang an heutige artförmige Rassen, die Estimo, vor. Die Größe der Knochen und das lockere Gebein erinnern an Australier, mit denen auch ein Schädel manche Uebereinstimmungen besitzen. Die Neandertalmenschen waren von mittlerer Statur, das Gesicht war lang, Augen, Nase und Kieferhöhlen waren ungewöhnlich weit, der Schädel niedrig, aber sehr lang und breit. Die Ueberausmaßte umrandeten fast halbkreisförmig von oben die großen Augenhöhlen. Es bestehen viel gemeinsame Züge zwischen der Neandertalrassen und den heutigen Eingeborenen Australiens, welche letztere vielfach noch unter den australischen Mischtypen stehen. Die Australier sind aus einem gleich zu Beginn der Menschenausbreitung abgesprengten Teil der alten

Die Gehaltsauflösung der Unterbeamten soll sich, wie das Organ für Postunterbeamten, die „Neu Post“, berichtet, im Reich und in Preußen auf Durchschnitt 15 Prozent belaufen. Ueber die Wirkung des Wohnungsgeldes ist noch nichts Bestimmtes bekannt.

### Parteinaufrufen.

Die Nachwahl im Landtagswahlkreis Tondern, in dem bekanntlich die freiwirtschaftlichen Parteien, die Beteiligung mit ihrem Kandidaten Dr. Schiffer hat, gibt der freiwirtschaftlichen „Kieler Zeitung“ Veranlassung, dem neuen national-liberalen Abg. Dr. Schiffer eine freundschaftliche Worte mit auf den Weg zu geben:

„Der neuernannte Abgeordnete Dr. Schiffer gehört zu den jüngeren liberalen Männern der Provinz, welche im Zusammenwirken der liberalen Parteien, insbesondere im preussischen Abgeordnetenhaus, als eine Notwendigkeit betrachtet. Dr. Schiffer hat in Kiel durch seine Kandidatenrede auch bei freiwirtschaftlichen Hörern nicht nur wegen seiner rednerischen Begabung, sondern besonders auch durch die klare Entwicklung liberaler Grundgedanken einen günstigen Eindruck hinterlassen. Großen gewerblichen Unternehmungen nachsehend, kennt er die Bedürfnisse des praktischen Lebens und als ein Sohn der engere Heimat wird er allen schmerzhaften Hoffnungen entgegenkommen.“

— Vertreterversammlung der national-liberalen Jugend, Am 10. und 11. Oktober wird in Gießen die diesjährige Vertreterversammlung des Reichsverbandes der Vereine der national-liberalen Jugend stattfinden. Von den politischen Vorträgen steht der auf Schaffung eines liberalen Einigungs-ausschusses in dem Vordergrund der Verhandlungen.

Der sozialdemokratische Abg. Ebeling, der durch seine Familie vom sozialdemokratischen Parteileben abgesehen war, erklärt eine Erklärung, nach der er im Falle seiner Abwesenheit bei der Abstimmung über die Subjektbewilligung gegen die Resolution des Vorstandes gestimmt haben würde und die Protestation der 66 Sozialdemokraten unterschreibt. Der „Vorwärts“ nimmt von der Erklärung ohne ein Wort der Kritik Notiz.

### Aus den Kolonien.

#### Unruhen in Deutsch-Ostafrika.

„Aus Lindi-Deutsch-Ostafrika geht uns von durchaus zuverlässiger Seite folgende Mitteilung zu:

„Im Hinterland von Mifindani sind unter den Eingeborenen Unruhen ausgebrochen. Major Freiherr von Schleinitz, also der Kommandeur der Schutztruppe selber, ist mit der Kompanie ausgerückt. Es soll ein Gefecht stattgefunden haben. Daraufhin soll Ruhe eingetreten sein. Am 21. August ist dann der Gouverneur selbst in Begleitung des Gouverneurs von Mifindani und des Herrn Kinder von Lindi nach Mifindani abgegangen.“

Das Hinterland des südlichen Küstengebietes von Deutsch-Ostafrika gehört bekanntlich zu den Gegenden, in denen der vornehmlich 2 Jahre bedingte Aufstand am härtesten tobt, in dem sehr umfangreiche Vorgehen zur Wiederherstellung der Ruhe getroffen werden mußten. Die Leute haben damals zweifellos einen recht gründlichen Denksatz bekommen. Wenn nun dort heute schon wieder Unruhen ausgebrochen sind, so will es scheinen, als ob diejenigen das Recht behalten sollten, die schon seit geraumer Zeit darauf hinwiesen, daß wir in Deutsch-Ostafrika ersten Zeiten entgegengehen.

### Allgemeine Mitteilungen.

— Die New Yorker Zeitung „Evening Sun“ meldet aus Washington, daß auf Einladung der deutschen Regierung der Kreuzer „Tennessee“ und die Torpedobote „Washington“, „Albatros“ und „Hopkins“ von der Pazifikflotte Apia anlaufen werden.

### Heer und Flotte.

#### Das Heer für den neuen Kongostaat.

„Durch königlichen Erlass wurde das Rekrutentontingent für das Jahr 1908 auf 1600 Mann festgelegt. Die Friedensstärke beträgt nach dem Bulletin officiel de l'Etat indépendant du Congo 18 Major, 10

33 Kapitane, 144 Leutnants bezw. Unterleutnants, 243 Unteroffiziere, im ganzen einschließlich anderweitigen Personal 638 Europäer, dazu 10 viele Mannschaften, daß die Gesamtstärke wie in den Vorjahren auf rund 13 300 Mann erhebt.

#### Die chinesische Luftschiffer-Abteilung.

Der Leiter und Organisator der chinesischen Luftschiffer-Abteilung wurde der japanische Pionierhauptmann Matsubara Shintaro betruhen, der schon seit langem im Arsenal von Nanjing, Provinz Hu peh, tätig war. Er wird während der Herbstmanöver hauptsächlich die den Hu peh-Truppen zugeteilte Luftschiffer-Abteilung organisieren und leiten.

## Ausland.

### Der Antwerpener Seeverkehr.

hat so schlechte Zeiten wie gegenwärtig lange nicht gesehen. In den letzten drei Monaten erfolgten Verladungen nach ostafrikanischen Plätzen sollen nahezu um die Hälfte niedriger gewesen sein als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Augenblicklich finden Verladungen für China und Japan in kaum nennenswertem Umfange statt. Aber auch der südamerikanische Verkehr, besonders der Verkehr mit den A Plata-Staaten, hat außerordentlich empfindliche Verluste erlitten. Vor dieser schlechten Geschäftslage werden auch deutsche Gesellschaften, deren Schiffe den Seehäfen antauen, in Mitleidenhaft gezogen, und zwar dürfte sie sowohl im Personen- wie im Frachverkehr starke Verluste im Vergleich zum Vorjahre zu beklagen haben.

### Beerschärfung des Konfliktes zwischen Bulgarien und der Pforte.

Das osmanische Kommissariat in Sofia übermittelte gestern, wie der „N. Fr. Pr.“ aus Sofia telegraphiert wird, auf Befehl des Großvezirs eine Note an die bulgarische Regierung, worin die sofortige Übergabe der bulgarischen Orientbahnstrecke gefordert wird. Fürst Ferdinand von Bulgarien wird morgen in Budapest eine Konferenz mit Aehrenthal haben, in der der Streitfall Bulgariens mit der Pforte wegen der Orientbahnen erörtert werden soll. Von informierter Seite erfährt die „N. Fr. Pr.“ weiter, daß die bulgarische Regierung, wie man in politischen Kreisen annimmt, tatsächlich die Absicht hat, wenn möglich die osmanische Strecke der orientalischen Bahnen zu behalten und die Gesellschaft zu entschädigen. Desterreich und Ungarn würden dadurch gemeinsam die bulgarische Regierung zur Aufrechterhaltung des status quo zu bewegen suchen. Andere europäische Mächte würden sich in diese Angelegenheit nicht einmischen. Die bulgarische Regierung vertrete den Standpunkt, daß in Bulgarien infolge der Äfäre Geshow die Erregung gegen die Türkei so gestiegen sei, daß irgendeine Satisfaktion erfolgen müsse.

### Aus der Türkei.

Aus Konstantinopel wird gemeldet: Die Parlamentswahlen werden erst nach Ablauf des Sonnabend beginnenden Ramazanmonats ihren Anfang nehmen. Die persische Botschaft unternahm gestern neue Schritte wegen Zurückziehung der türkischen Truppen von persischem Gebiet. Der Großwesir ver sprach, diesem Wunsch nachzukommen. — Der Servet-i Humun veröffentlicht das definitiv jungtürkische Programm, das die Erhaltung der kirchlichen Privilegien, dagegen die Aufhebung des Artikels 113 der Verfassung bezüglich des Ständerechts und der Zensurierung fordert.

### Allgemeine Wehrpflicht in Algerien?

Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht für die Eingeborenen von Algerien ist seit einiger Zeit das Ziel von Bestrebungen, welche dazu dienen sollen, den Mangel an Ersatz für das Heer aus dem Mutterlande auszugleichen. Um die Verwirklichung der Absicht vorzubereiten, wurde zunächst eine Zählung der männlichen 15jährigen Bevölkerung vorgenommen. Sie wies sich überall ohne Schwierigkeiten, nur unter den Bewohnern des Bezirkes von Algiers, in der Nähe der Stadt Algiers, lief sie eine lebhafte Aufregung hervor, weil es hieß, die Regierung beabsichtige, alle jungen Leute nach Marokko zu schicken. „La France Moderne“ Nr. 7429 tritt den übertriebenen Zeitungsnachrichten über den Umfang der Bewegung entgegen.

## Provinzial Nachrichten.

### Besuch des Oberpräsidenten.

\* Quersfurt, 23. Sept. Oberpräsident Hegel wird am Sonnabend hier dem Kreistag beizuhen, um 8 Uhr die städtischen Behörden hie vorstellen lassen, Schloß und Stadtkirche besichtigen und Sonntag zum Vormittags-Gottesdienst in der Stadtkirche zugegen sein. Danach Abreise nach Schloß Hebra, Besichtigung der dortigen Haushaltungsschule, Vorstellung der städtischen Behörden, Aufenthalt auf Wittenburg mit Besichtigung der dazu gehörigen Wirtschaften und später des Jüngler-Simmeraler Zugbrües, Montag Besichtigung von Schloß Burgsteden, der Stadt Laucha mit Vorstellung der Behörden, der Rittergüter Hohenleipisch, Gleina und Baunersroda, der Stadt Mühlhausen mit Vorstellung der Behörden und zum Schluß Aufenthalt auf Schloß St. Ulrich mit Besichtigung der Wirtschaften und Gruben.

### Versuche mit dem Grabelschen Flugapparat.

† Magdeburg, 24. Sept. Gestern früh unternahm Ingenieur Grabe die ersten Versuche mit dem von ihm konstruierten Flugapparat, der, wie schon mitgeteilt, durch einen sechszylinderigen Motor von 36 Pferdestärken angetrieben wird. Der Apparat wurde zunächst auf Pontons von der Bauhütte (Pionierübungsplatz) auf der Elbe bis zur Pumpstation befördert und dort gelandet. Dann begannen auf dem kleinen Graueranger Ufer die Fahrversuche, bei dem sich, wie nach der „Magd. Ztg.“ verläßt, die vollständige Verfahrbarkeit des Apparates ergab.

Weiter wurde die Tragkraft des Motors probiert, die dem Fahrzeug bald eine Geschwindigkeit von 30 Kilometer in der Stunde verlieh. Nach zweifelhüßiger Dauer der Versuche erlitt die Schraube einen Bruch durch Aufschlag auf das an einer Senkung liegende Fahrpad eines Zuschauers, das der Führer des Apparates in der blendenden Morgensonne nicht gesehen hatte. Das Fahrzeug wurde sehr stark beschädigt; die Flügel der Schraube sind nur verbogen. Nach Erneuerung der Schraube sollen in der nächsten Woche die Fahrversuche fortgesetzt werden, an die sich dann ein Aufstieg schließen soll.

### Hinrichtung.

Gera, 24. Sept. Der noch nicht 20 Jahre alte Wirtschaftsgeselle Martin Böttinger aus Legau, der seine Geliebte, das Dienstmädchen Richter, ermordet hatte, ist heute morgen im Hofe des hiesigen Gefängnisses enthauptet worden.

### Erdlicher Wandervereinfachung. — § 175.

\* Weimar, 23. Sept. Bei einer Planentzcheidung des Sultans Regiments Nr. 14 passierte, wie schon kurz gemeldet, einem Sultans das Unglück, einem Unteroffizier des 167. Infanterie-Regiments mit der Lanze den Hals zu durchbohren. Der Bedauernswerte ist jetzt der schweren Verletzung erlegen. Ein Offizier eines hier einquartierten Infanterie-Regiments ist wegen Verwundungen nach § 175 des Str.-G.-B. in Haft genommen worden.

Unsere Postabonnenten wollen möglichst bald ihr Abonnement bei dem Postamt ihres Wohnortes für das kommende Quartal erneuern, damit am 1. Oktober keine Unterbrechung in der Zusendung ihres Exemplares eintritt.

### Deutschlands größter Konsumverein.

Leipzig, 23. Sept. Deutschlands größter sozialdemokratischer Konsumverein, der Verein zu Leipzig-Plagwitz, erzielte 1907/08 bei über 16½ Millionen Gesamtumsatz 514 030 Mark Reingewinn und verteilte 10 Proz. Dividenden.

(.) Weitz, 23. Sept. (Selbstmord. — Verbrannt.) Heute erhängte sich die Frau des Bergbauarbeiters Franz Walter auf dem Heuboden; eine unheilbare Krankheit hat die Frau in den Tod getrieben. — Durch brennende Gase wurde der Bergmann Karl Wilschala im Gesicht und an den Händen erheblich verletzt. Seine beiden Kameraden kamen mit dem bloßen Schrecken davon.

? Wittenfeld, 23. Sept. (Ernennung zum Professor.) Der Organist Werner, 2. Vorsitzender des Organisten- und Kantorenvereins der Provinz Sachsen, wurde zum Königl. Professor ernannt.

Leimbach, 23. Sept. (Fuhparkverkauf.) Gestern fand hier im vormals Oppermannschen Gasthofe seitens der Gewerkschaft infolge Elektrifizierung des Betriebes ein Fuhrpark-Inventar-Verkauf statt. Hierzu hatten sich zahlreiche Interessenten eingefunden. Das Höchstgebot auf die 33 schweren belgischen Pferde war von der Pferdehändler Schwabe aus Wittenfeld mit 27 800 Mk. ab, für die Wagen und Geschirre etc. wurden 2000 Mark von der hiesigen Gutswirtschaft in Volkstedt geboten. Ein Verkaufsgebot von 30 000 Mark gab der Pferdehändler Welsch aus Halle ab. Der Zuschlag ist noch nicht erteilt.

(!) Osterwieck, 22. Sept. (Gefährliches Spiel.) Gestern spielten einige Knaben an der Schallener Brücke mit Schießpulver. Hierbei wurde einer von ihnen durch die Stichflamme des entzündeten Pulvers derart im Gesicht, namentlich an den Augen, verbrannt, daß seine Ueberführung in das Kreisranthaus erfolgen mußte.

\* Rothenburg, 23. Sept. (Gutsverkauf.) Die der Bauhütte Voigt u. Co. zu Magdeburg gehörigen beiden hiesigen Güter (das früher Hugo Rennewitzsche und früher Teichelsche) sind zusammen zum Kaufpreis von 253 000 Mark an Amstutz Lampe in Hannover verkauft worden.

† Wernigerode, 23. Sept. (Rathausbau.) Auf Anregung des Fördervereins hielt der Leiter der städtischen Kurverwaltung, Reaktor Schulze, einen Vortrag über die Erfahrungen der diesjährigen Fremdenaison, worauf

die Notwendigkeit der Schaffung eines Kurhauses von allen anerkannt wurde. Eine Kommission wird sich weiter mit der Angelegenheit beschäftigen.

(.) Hagen (Hagz), 23. Sept. (Pfeifenreiten.) Am Sonntag nachmittag wurde hier ein „Pfeifenreiten“ veranstaltet. 16 Kurkinder jogen mit Pfeifenbegleitung nach dem Kampffeld vor dem Dorfe, wo eine große Menschenmenge dem, hier noch nicht geübten, Reiterpiele beizuhte. Es kamen sechs Preise zum Austrag. Auf ein Reiten schauten die Reiter, besonders dem Ziele zu. Trotzdem einige Hürzen, stieg es ohne Unfall ab, so daß der mit Reiten bekannte Sanitätswagen nicht in Benutzung genommen zu werden brauchte. Nach Preisverteilung und Schmückung der Sieger mit Ehrenkränzen fand ein Umzug durch das Dorf und dann ein Ball statt.

(.) Brocken, 23. Sept. (Witterungsbericht.) Obgleich das Barometer seit Anfang der Woche um 4 Millimeter gefallen ist, hält das überaus prachtvolle Herbstwetter hier oben noch weiter an, und der Aufenthalt ist für die Besucher des Brodens außerordentlich günstig. Heute ist der heißste Tag, daß der Brocken nebelfrei ist. Die Temperatur blieb auch die letzten Tage hinter dem vierjährigen Durchschnitt von 2 und 3 Grad zurück; in den beiden letzten Nächten zeigte das 5 Zentimeter über dem Erdboden befindliche Minimum-Thermometer nur 1 Grad Wärme.

(.) Greisfeld, 23. Sept. (Die Mutter tot vorgefunden.) Heute früh fanden die Angehörigen des Bergmanns Hermann Witz hier, als sie die Küche betraten, die Mutter tot vor, sie hatte ihrem Leben durch Erhängen ein vorzeitiges Ende bereitet. Schwere Nervenkrankung, unter der die Frau schon Jahre lang zu leiden hatte, ist die Ursache zu diesem beauerlichen Schritte geworden.

(.) Wittenhausen, 23. Sept. (Schlechtes Grundstücksgeschäft.) Wie sehr hier argumt das Grundstücks-geschäft dandeleitet, wurde aus zwei gerichtlichem Zwangs-verkäufen klar. Vor einigen Wochen wurde ein Geschäftshaus an guter Lage, das mit 56 000 Mark Hypothek belastet war, für 27 000 Mark weggegeben, und heute kam ein Privathaus, dessen Wert katastermäßig mit 35 000 Mark festgesetzt worden ist, für 21 000 Mark verkauft.

Wittenhausen, 23. Sept. (Gegen die Lichtsteuer.) In der heutigen Stadtverordnetenversammlung wurde auf Antrag des Stadtverordneten Stephan beschloffen, durch eine Eingabe an den Reichstag gegen eine etwa geplante Gas- und Elektrizitätssteuer Protest zu erheben.

Wittenburg i. Thür., 23. Sept. (Bei einer Balgerei) verunglückte der Schüler M. dadurch, daß ein Tergel, das der Schlingel geladen in der Hand trug, sich entzündete und ihn in den Arm traf.

— Apolda, 23. Sept. (Krematoriumsbau.) Hier hat sich ein Feuerbestattungsverein gebildet. Der Verein beschließt die Erbauung eines Krematoriums, für welchen Zweck bereits ein Fonds von 23 000 Mark vorhanden ist.

? Meiningen, 23. Sept. (Die Vernunft liegt.) Ein Erlaß des Obertribunals in der Regierungskasse weißt alle Gesetze im Herzogtum Meiningen zur amtlichen Mitwirkung bei Feuerbestattungen bezw. zur Zulassung eines anderen Gesetzens als Stellvertreter an.

Dresden, 23. Sept. (Von einem „Menschenfreund“) erzählt man sich in Riela folgende amüsante Geschichte: In einem größeren Orte der Nachbarschaft ging dieser Tage eine ärmlich gekleidete Frau mit einem kleinen Kinde auf dem Arm weinend die Straße entlang. Ein eleganter gekleideter Herr, der sie beobachtet hatte und sie nach ihrem Kummer fragte, erfährte von ihr, daß sie bei einem Kaufmann hätte Lebensmittel holen wollen, aber keine erhalten habe, weil sie kein Geld hätte. Sofort griff der erscheinend sehr menschenfreundliche Herr in seine Westentasche, zog ein funkelndes neues Fünfmärkstück hervor und überreichte es der hochbeglückten Frau. Er gab ihr die Weisung, für eine Mark Waren zu holen, den übrigen Betrag ihm aber zurückzugeben. Die Frau tat also. Sie ging zum Kaufmann, kaufte für eine Mark Waren ein und erhielt auf ihr Fünfmärkstück vier Mark zurück. Mit aufrichtig gemeinten Dankesworten übergab sie diesen Betrag dem Herrn, der aber jede Dankesbezeugung mit den Worten abschüttelte: „Lassen Sie nur gut sein, gute Frau; nun ist allen geholfen: Sie haben die Waren, die Sie brauchten, und ich — bin mein fahles Fünfmärkstück los!“ Sprach's und wanderte eilig seines Weges. — Wenn's nicht wahr sein sollte, so ist's doch gut erfunden.

Obernosterlitzung. Oberpostmeister Hermann v. Windheim in Magdeburg erhielt den Notizen Alermann 2. Klasse mit der Schelle.

### Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gerichte und Sport: Eugen Rintmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handelsteil: Fritz Kany; für den Literaturteil: Friedrich Endrulat; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten —

## Bacher's Woll-Wasch-Seife

verhindert das Einlaufen und Verfilzen wollener Strümpfe u. Unterleiden. Allein zu haben bei:

Julius Bacher, Halle S., Leipzigerstr. 12.

Hohen Feiertags halber bleiben unsere Verkaufsräume und Bureaux

Geschäftshaus

14042

Sonnabend, den 26. September, geschlossen. 7. Lewin Halle a. S., Marktplatz 2 und 3.

**Morgen mehr!**

DFG